

IN KÜRZE

Calmy-Rey will am WEF mit Powell über Irak-Krise reden

BERN – Aussenministerin Micheline Calmy-Rey macht ihre Teilnahme am Weltwirtschaftsforum (WEF) stark von einem Treffen mit US-Aussenminister Colin Powell abhängig. Sie will mit ihm kurz über die Irak-Krise reden. Laut WEF-Gründer Klaus Schwab eignet sich das Forum, um US-Vertreter mit kontroversen Meinungen zu konfrontieren. Die Vorbereitungen für ein Treffen zwischen Calmy-Rey und Powell laufen derzeit auf mehreren Ebenen, wie der Sprecher von Calmy-Rey, Simon Hubacher, zu Artikeln in der Sonntagspresse bestätigte. Einerseits werde auf dem üblichen diplomatischen Weg vorgegangen, andererseits zeige sich auch das WEF aktiv. Calmy-Rey wolle bei dem beabsichtigten kurzen Zusammentreffen mit Powell über die Irak-Krise reden. Die neue Aussenministerin hatte vor ihrer Wahl in diversen Interviews eine kritische Haltung gegenüber der Irakpolitik der US-Regierung eingenommen.

Das WEF sei weltweit die praktisch einzige Möglichkeit, mit US-Vertretern aus verschiedenen Bereichen einen offenen und kritischen Dialog zu führen, sagte WEF-Begründer Klaus Schwab in einem Interview der «SonntagsZeitung». Man könne die US-Verantwortlichen in Davos auch mit kontroversen Meinungen und Sichtweisen konfrontieren. «Das WEF ist nötiger denn je. Wir sind heute sehr grossen Risiken ausgesetzt», sagte Schwab weiter. Der Dialog zwischen Entscheidungsträgern von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sei deshalb sehr wichtig. Weiter erhält die Bündner Kantonspolizei für die Dauer des WEF Unterstützung von der deutschen Polizei.

CVP will mit EVD-Chef Deiss in der Wirtschaft punkten

REGENDORF – Mit wirtschaftspolitischen Postulaten und einer kämpferischen Rede ihres neuen Wirtschaftsministers Joseph Deiss hat die CVP das Wahljahr eingeläutet. Eine Zahnbürste in den orangenen Parteifarben soll das Wahlkampfthema «mehr Biss» symbolisieren. Bei den Wahlen im Herbst will die CVP aufs Podest.

«Unsere Standpunkte sind keine Plattitüden, wie böse Zungen das behaupten», sagte Deiss am Samstag vor den CVP-Delegierten in Regensdorf (ZH). Nach elf Tagen im Amt skizzierte der neue Volkswirtschaftsminister seine wirtschaftspolitischen Ziele für die nächsten Jahre: «Mehr Innovation, neues Vertrauen und sichere Jobs.» Diese Ziele zur Vergrößerung des Wohlstands werde er glaubwürdig, kohärent und kompetent durchsetzen. Wirtschaftspolitische Kompetenz bedeute nicht das Verteilen von Millionen von Pamphleten in die Schweizer Haushalte, sagte der Bundesrat in einem Seitenhieb an den Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher. Um auf den Wachstumspfad zurückzukehren, brauche die Schweiz bessere politische Rahmenbedingungen, Vertrauen in die Unternehmen sowie strukturelle Reformen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem müsse die Schweiz ihre wichtigsten Ressourcen – das Wissen, die unternehmerische Initiative und die Gestaltungskraft – wieder zur Entfaltung bringen. Für unabhängig hält Deiss den weiteren Ausbau der Beziehungen zu den internationalen Partnern; insbesondere zur EU. «In der Landwirtschaftspolitik kann ich keine Wunder versprechen», sagte Deiss. Die Weichen seien hier bereits gestellt. Dennoch sei er überzeugt, dass die Landwirtschaft in der Schweiz eine Zukunft habe. Der Bundesrat richtete auch einen Appell an die Unternehmen, gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Bundesrätin Ruth Metzler versicherte, sich persönlich für die Reformen im Bereich der Corporate Governance, der Transparenz und der Rechnungslegung zu engagieren.

Überraschung bei der FDP

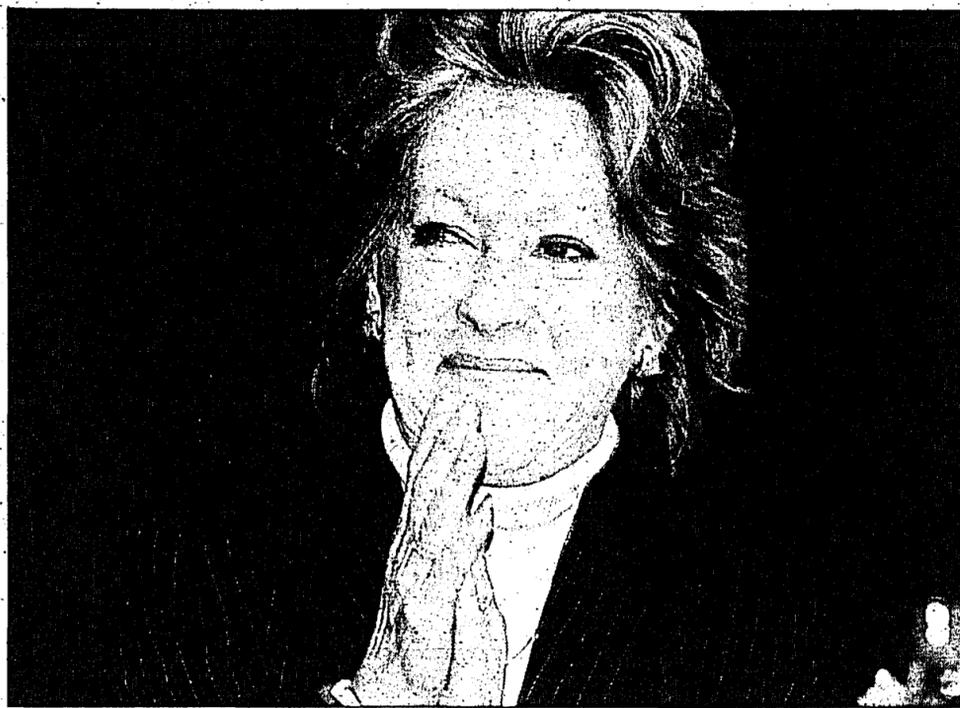
Waadtländer Ständerätin Christiane Langenberger neue Parteipräsidentin

LUZERN – Die FDP steigt mit Christiane Langenberger an der Spitze ins Wahljahr. Die Waadtländer Ständerätin setzte sich am Samstag in der Kampfwahl ums Präsidium überraschend gegen die Zürcherin Trix Heberlein durch. Die Wahl wurde auch als Abgrenzung gegen den Zürcher Flügel der SVP interpretiert.

Mit 181 Stimmen gegen 164 Stimmen schwang die 61-jährige Waadtländerin in der geheimen Wahl an der Delegiertenversammlung in Luzern gegen die als Favoritin gehandelte Zürcher Nationalrätin obenaus. «Ich bin tief berührt, denn das habe ich nicht erwartet», sagte Langenberger unter dem Beifall der rund 1200 Parteimitglieder. Sie tritt damit definitiv die Nachfolge von Gerold Bühler an, für den sie nach dessen abruptem Abgang im letztem November bereits interimistisch eingesprungen war.

Langenberger wollte den im Vorfeld auch als Richtungswahl bezeichneten Entscheid der Delegierten nicht als Kurswechsel verstanden wissen. Der liberalere lateinische Flügel der FDP stellt nun aber die Präsidenten von Partei und Fraktion und im Wahljahr auch den Bundespräsidenten. Der bevorstehende Zürcher Ständeratswahlkampf an der Seite des SVP-Vertreters Hans Hofmann wurde umgekehrt als Handicap für die unterlegene Heberlein gewertet.

Als Welsche fühle sie sich nun besonders herausgefordert und verpflichtet, die FDP erfolgreich in die Wahlen zu führen, sagte die erste



Die Waadtländer Ständerätin Christiane Langenberger wurde am Samstag überraschend zur neuen FDP-Präsidentin gewählt.

Frau an der Spitze der Partei. Sie werde alle Kräfte einsetzen, um in den deutschsprachigen Kantonen so präsent wie möglich zu sein. Bei den Schwerpunkten der freisinnigen Politik strich sie hervor, dass die FDP den Kontakt zur Wirtschaft pflege und sich diese nicht verteuern lasse.

Gegen die SVP grenzet sich Langenberger mit folgenden Worten ab: «Das Doppelspiel Oppositionspartei – Regierungspartei kann und darf nicht funktionieren. Die Schweizerische Demokratie ist

kein Selbstbedienungsladen, in dem man immer gerade das vom Regal nimmt, das einem passt.» Wo es sinnvoll sei, werde die FDP mit anderen Parteien zusammenarbeiten. Fauler Kompromisse gebe es aber nicht.

Couchepin plädiert für Konsolidierung der Sozialwerke

Bundespräsident Pascal Couchepin plädierte für eine Konsolidierung der Sozialwerke. Denn allein um die sozialen Institutionen auf aktuellem Niveau zu halten, brauche es

bis 2010 zusätzlich 25 Milliarden Franken. Entschieden wandte sich der neue Innenminister gegen die SP-Gesundheitsinitiative und versprach, die Probleme der Krankenversicherung zügig anzupacken. Couchepin sprach sich erneut für eine Fortsetzung des Dialogs mit der EU aus. Bundesrat Kaspar Villiger forderte einen starken Freisinn, und zwar einen bürgerlich-liberalen Pol, weg von Regulierungswut und Staatsaufblähung von links sowie Staatsfeindlichkeit und Abschottung von rechts.

SVP will Regierungs- und Oppositionspartei bleiben

Berner und Bündner Anträge für klareres Bekenntnis gescheitert

HOCHDORF – Die SVP bleibt bei ihrer Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei. Die Delegierten sprachen sich in Hochdorf (LU) klar gegen Anträge der Bündner und Berner aus, die ein deutlicheres Bekenntnis zur Regierungsverantwortung wünschten. Bundesrat Samuel Schmid rief zu einem respektvollen Umgang auf.

Parteipräsident Ueli Maurer gab am Samstag bei der Präsentation der Wahlkampfplattform dem Titel «Schweizer Qualität – SVP» den Tarif bekannt. «Wir verpuffen zu viele Kräfte mit internen Diskussionen», sagte er. Die SVP erinnere ihn in letzter Zeit immer öfter an eine fröhliche Reisegesellschaft, die nach getaner Arbeit in die Ferien fliege und sich auf Sonne, Sand und Nichtstun freue.

In der Diskussion gab das einleitende Kapitel, in dem der Auftrag der SVP definiert wird, am meisten zu reden. Anträge der Bündner und Berner Kantonalparteien für ein deutlicheres Bekenntnis zur Regierungsverantwortung hatten keine Chance. «Wir gehen nicht den Weg der Frustrierten, sondern den Weg einer konstruktiven Partei», mahnte die Bündner Präsidentin Barbara Janom Steiner. Der Präsident der Berner SVP, Hermann Weyeneth forderte Rücksicht auf kantonale Unterschiede. Die

Delegierten sprachen sich aber dafür aus, dass die SVP auch künftig eine Doppelrolle zwischen Regierungsverantwortung und

Opposition einnimmt und folgten damit den Voten der Zürcher Vertreter. Zudem strebt die SVP einen zweiten Bundesratssitz an. «Mit

nur einem Bundesrat und damit mit der Verantwortung für nur ein Departement können die Vorschläge und Lösungsansätze der SVP in der Landesregierung zu wenig stark eingebracht werden», sagte Fraktionspräsident Caspar Baader (BL).

Bei der mehrere Stunden dauernden Diskussion über die Wahlplattform wurde beispielsweise bei der Asylpolitik ein Passus eingefügt, wonach kriminelle Asylbewerber, die nicht sofort ausgeschafft werden können, interniert werden sollen. Viel zu reden gab auch das Thema «Sicherheit». Die SVP Zürich unterlag mit einem Antrag, der sich gegen die weitere Teilnahme der Schweiz am Nato-Programm «Partnerschaft für den Frieden» wandte. Insgesamt setzte sich bei den 66 Änderungsanträgen klar die Linie der Parteileitung durch.

Der an der letzten Delegiertenversammlung im November in Lupfig (AG) unter Beschuss geratene Bundesrat Samuel Schmid betonte die Rolle der SVP als Partei des Mittelstandes. Sie komme nicht darum herum, konstruktiv mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten, sagte Schmid. Er rief zu einem respektvollen Umgang miteinander auf. In einem Interview der «NZZ am Sonntag» zeigte sich Schmid befriedigt, dass die unterlegenen Sektionen respektable Minderheiten erzielt hätten.



Partei-Präsident Ueli Maurer gab am Samstag den Tarif der SVP bekannt.